Amerikas Beschützerrolle war einmal

HELMUT L. MÜLLER

Zum 250. Geburtstag der USA lassen die Vereinigten Staaten Europa alt aussehen. Achtzig Jahre lang war Amerika Europas Kompass bei Werten, Wirtschaft und Sicherheit. Nun wird dieser von Donald Trump & Co. neu und anders ausgerichtet – und Europa muss lernen, auch ohne ihn nicht den Kurs zu verlieren.

So sehr haben sich die Europäer in acht Jahrzehnten an Amerikas Beschützerrolle gewöhnt, dass es für sie zu einer festen Überzeugung geworden ist, nichts und niemand könne diese enge transatlantische Beziehung mehr aus der Bahn bringen. Auch früher gab es bisweilen Krach zwischen europäischen Regierungen und der Regierung in Washington. Die Partner diesseits und jenseits des Atlantiks haben Phasen erlebt, in denen den Europäern der Große Bruder als „fremder Freund" erschienen ist.

Während der Jahre des Vietnamkriegs etwa steigerte sich die Amerika-Kritik, die dem Handeln der US-Regierung gelten sollte, hierorts mitunter zu Anti-Amerikanismus, also einer stereotypen Pauschalschelte des ganzen Landes. Doch unerschütterlich blieb der Glaube an die „Pax Americana", die bedeutete, dass die Vereinigten Staaten von Amerika jedenfalls Freiheit und Frieden in Europa garantieren würden.

Offenbar hat unser Kontinent übersehen, dass sich die transatlantischen Bande bereits gelockert haben, und zwar zuerst aus historischen und demografischen Gründen. Verblasst ist bei vielen Menschen inzwischen die Erinnerung an die Ereignisse des Kalten Krieges, der Europa und die USA vier Jahrzehnte lang zusammengeschweißt hat. Die letzte noch durch den Ost-West-Konflikt geprägte Generation tritt bald von der politischen Bühne ab. In Amerika müssen sich die bisher dominierenden „Euro-Amerikaner" darauf einstellen, dass Hispanics und Asiaten in der Gesellschaft an Gewicht gewinnen, für die die transatlantischen Werte weniger zählen.

Zu wenig haben wir in Europa gemerkt, wie stark sich die Stimmung in den USA gedreht hat. Die Abwanderung vieler industrieller Arbeitsplätze ins Ausland infolge der Globalisierung und der Verdruss über Amerikas „endlose Kriege" im Orient haben bei vielen US-Bürgern zu der Auffassung geführt, ihr Land solle nicht ständig für andere in die Bresche springen und sich eher von der Welt abkehren. Zugleich bildete sich in Amerikas politischer Elite parteiübergreifend die Position heraus, dass dem Land in China der künftige Hauptrivale erwachsen sei.

Konflikt-Sucher Trump

Es war eine strategische Neuausrichtung der USA, als Barack Obama 2011 für Amerikas Außenpolitik den „Schwenk nach Asien" (pivot to Asia) proklamierte und sein Land als „pazifische Nation" definierte. Damit kündigte sich eine Zäsur ebenfalls für das transatlantische Verhältnis an. Auch dieser US-Präsident mahnte die Europäer, größere Lasten für die Verteidigung des Westens zu übernehmen. Aber weil Obama europafreundlich war und weiterhin auf transatlantische Kooperation setzte, sahen die Europäer keinen Anlass, Konsequenzen daraus zu ziehen. Mit Sorglosigkeit und Saumseligkeit reagierte der europäische Kontinent auf den

Dr. Helmut L. Müller hat im Fach Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München promoviert. Zunächst wissenschaftliche Tätigkeit, danach journalistischer Start mit Mitarbeit bei Süddeutscher Zeitung und Bayerischem Rundfunk. Zuletzt Ressortleiter Außenpolitik bei den Salzburger Nachrichten, jetzt freier Autor. Preis des Europarates für entwicklungspolitische Berichterstattung. Zahlreiche Beiträge in Zeitschriften wie Europäische Rundschau und Buchpublikationen, etwa „Afrika – der geplünderte Kontinent" (Verlag Kremayr & Scheriau, Wien) und „Engagierte Literaten. Politische Gespräche mit Schriftstellern" (Czernin-Verlag, Wien).

■ Europa ist mit seiner Normsetzung Vorbild für andere Staaten. Es gilt angesichts der Willkür globaler Mächte als Ort der Stabilität, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie.

Wandel der weltpolitischen Verhältnisse – bis mit Donald Trump die böse Überraschung kam.

Im Weißen Haus regierte jetzt ein Präsident, der den Konflikt mit Europa geradezu suchte und sogar die Beistandspflicht der Atlantischen Allianz in Frage stellte. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel konstatierte 2017, dass die Zeiten „ein Stück weit" vorbei seien, in denen Europa sich auf den großen Verbündeten Amerika habe verlassen können. Wir Europäer müssten folglich unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen. Aber auf die zutreffende Analyse folgte keinerlei zupackende Aktion. Der europäische Kontinent setzte vielmehr darauf, dass mit dem Ende von Trumps Präsidentschaft auch dieser Spuk vorüber wäre. Einzig Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte die Zeichen der Zeit erkannt. In flammenden Reden warb er für eine „strategische Autonomie" Europas. Dass die Regierung Merkel zu keinem Zeitpunkt konstruktiv auf diese Initiative aus Paris geantwortet hat, stellt sich heute als schwerer strategischer Fehler heraus.

So finden sich die Europäer spätestens mit Trumps zweiter Amtszeit in einer neuen, gefährlichen Welt wieder: Russland tritt als Aggressor auf; China erweist sich als ökonomischer und politischer Konkurrent; die USA aber sind kein glaubwürdiger Sicherheitsgarant mehr. Zwar ist in Europa mittlerweile das Bewusstsein gewachsen, dass wir uns in einer „Zeitenwende" befinden. Doch trotz großer Worte bleibt es bisher meist bei kleinen Taten. Man kann darauf wetten, dass in solchen Momenten ein europäischer Politiker auf die Bühne tritt, der ultimativ den sofortigen Aufbau einer „europäischen Armee" fordert. Aber damit wird etwas verlangt, was in absehbarer Zeit gerade nicht geschehen wird. Denn bei der Verteidigung sind Europas Nationen am wenigsten gewillt, Souveränität an eine supranationale Instanz abzugeben. Zu zögerlich und zu wenig passiert hingegen das, was möglich und dringlich ist: die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Rüstungstechnologie, um Finanzmittel effektiver einzusetzen; die Formierung der Europäischen Union als schlagkräftiger Akteur auch in der Außenpolitik, indem man auf das Prinzip der Einstimmigkeit verzichtet; die Ausarbeitung einer Bedrohungsanalyse für den Kontinent, um die Differenz zu verringern zwischen den Osteuropäern, die vor allem Angst vor Russland haben, und dem EU-Süden, der eher auf das Mittelmeer schaut.

Bisweilen stimmt in Europa nicht einmal die Rhetorik, wie dieses Beispiel zeigt: Kanzler Friedrich Merz verkündet, dass die Bundeswehr zur stärksten konventionellen, also nicht-atomaren Armee Europas werden solle. Damit weckt er womöglich in Paris und London Argwohn vor einem wachsenden Einfluss Berlins, aber in jedem Fall argumentiert er national, statt seine Ambition ausdrücklich als Beitrag zur Stärkung von Europas Verteidigungsfähigkeit zu deklarieren.

Auch Selbstverzwergung hilft Europa nicht weiter im Umgang mit einem Amerika, das rigoros auf Machtpolitik setzt. Eine solche Haltung des Sich-Selber-Kleinmachens führt am Ende zu einem Handelsabkommen mit ganz ungleichen Zollsätzen für beide Seiten. Dass die EU diesen unfairen Deal mit den USA akzeptieren zu müssen glaubt, ist der Tatsache geschuldet, dass wir in puncto Sicherheit noch so abhängig sind von den USA. Aber die EU ist mit 450 Millionen Menschen ein starker, attraktiver Wirtschaftsraum. Europa kann durch die Vollendung des Binnenmarkts mittels einer Kapitalmarktunion sein wirtschaftliches Potenzial ausschöpfen. Europas Flugzeugbauer haben es geschafft, den Airbus zu einer Konkurrenz für Amerikas Boeing zu machen. Europa hat auch das Wissen und das Know-how, um Amerikas Tech-Giganten Paroli zu bieten. Frankreich will Vorreiter sein beim Kampf um die digitale Souveränität unseres Kontinents.

Europa ist mit seiner Normsetzung Vorbild für andere Staaten. Es gilt angesichts der Willkür globaler Mächte als Ort der Stabilität, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie. Europa kann so vieles schaffen, es muss nur wollen. ■